

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Postamt: Dresden
Postfachnummer: 15341
Nr. für Nachrichten: Nr. 20011
Schlüsselnummer u. Postfachnummer:
Dresden-N. 1, Marienstraße 34/32

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. April 1929 bei gleichzeitiger Zustellung frei. Sonst 1,70 Mk.
Bezugsgebühr für Monat April 3,40 Mk., einsech. 96 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Eingangsnummer 10 Pfg. Außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreis: Die Nachrichten werden nach
Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 85 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Zeile 100 Pfg.,
außerhalb 250 Pfg. Offertengeld 20 Pfg. Zusätzliche Aufträge gegen Vorauszahlung

Druk u. Verlag: Leopold & Weichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1008 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unerwünschte
Schreibsätze werden nicht aufbewahrt

Rücktritt der Wiener Regierung

Das Kabinett mit Seipel solidarisch

Personalschwierigkeiten als Anlaß

Wien, 3. April. Bundeskanzler Dr. Seipel unterbreitete dem Bundespräsidenten heute nachmittags die Demission des Kabinetts. Der Bundespräsident nahm die Demission an und beauftragte das Kabinett zunächst mit der Fortführung der Geschäfte.

Der Demission ging ein Ministerrat voraus, in dem Bundeskanzler Dr. Seipel ausführte, das Amt der Republik Österreich habe sich in letzter Zeit sehr vorteilhaft verändert, und das Staatsleben befinde sich bereits auf dem Wege normaler Entwicklung. Die Lage sei derart, daß aus ihr ein bedeutsamer Kund nach vorwärts gemacht werden könne. Hierunter verhehe er die Förderung des Wohnungsbaues, der Rechtsverfahren, der Justizreform und der Polizeikompetenzfragen. Da aber keine Person für diese Entwicklung als geeignet angesehen werde, so gebe er seine Demission. Auf Antrag des Vizekanzlers Partsch beschloß der Ministerrat den Rücktritt der Gesamtregierung, da die vom Bundeskanzler angeführten Gründe für seine Demission in gleicher Weise alle Mitglieder der Regierung betreffen. Nach einer anderen Meldung soll der Rücktritt auf die innerpolitischen Schwierigkeiten, die der Streit in der Metallindustrie zur Folge hatte, zurückzuführen sein. Aus parlamentarischen Kreisen erzählt man, daß auch die Haltung des Landtages bezüglich der Trostung der polnischen Schweinefleisch den Rücktritt herbeigeführt hätten.

Die verschiedenartigen Erklärungen zeigen, daß eigentlich niemand über die wirklichen Gründe dieses Schrittes unterrichtet gewesen ist. Tatsächlich hat der Rücktritt überall vollkommen überrascht. Man muß annehmen, daß

der Rücktritt eine grundsätzliche parlamentarische Klärung herbeiführen will.

Es ist dadurch, daß die Person des Dr. Seipel endgültig ausscheidet, sei es, daß es Dr. Seipel gelingt, endgültig die persönlichen Widerstände wegzuräumen, unter denen er gelitten hat. Ein Teil der Christlichsozialen Partei ist für eine stärkere Organisation und Zusammenfassung in kulturpolitischer Sinne. Von sozialdemokratischer Seite, wenn auch in erster Linie aus politischer Fiktion, wird weiter die Behauptung aufgestellt, die Person des Bundeskanzlers Seipel sei es, welche das wichtigste Hindernis für eine Verständigung bilde. Tatsache ist auch, daß in vielen wichtigen Fragen, wie zum Beispiel der Wohnungsfrage, die sachlichen Gegensätze eigentlich nicht so groß waren, daß sie eine unüberbrückbare Kluft hätten verursachen müssen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß

die Krise von längerer Dauer

sein dürfte. Gerade weil sie grundsätzlichen Charakters ist, wird es sehr schwer sein, eine neue tragfähige Kombination

für die künftige Regierung zustande zu bringen. Zu den verschiedensten Vermutungen über die Gründe des Rücktritts wird von unterrichteter Seite bemerkt: Dr. Seipel habe seine Entschlüsse ohne jede Beeinflussung von anderer Seite gefaßt und tatsächlich keinen anderen Beweggrund gehabt, als sie in seinen Ausführungen im Ministerrat enthalten sind. Wenn Dr. Seipel erkläre, daß er kein Hindernis für eine ruhige Weiterentwicklung der innerpolitischen Lage bilden wolle und deshalb zurücktrete, so kann man daraus wohl entnehmen, daß er

keineswegs geneigt sein dürfte, bei der Bildung einer neuen Regierung wieder das Amt des Kanzlers zu übernehmen.

Wie sich die Zusammensetzung der neuen Regierung überhaupt gestalten wird, läßt sich bis heute nicht sagen. Ob zum Beispiel eine grundsätzliche Änderung in dem Verhältnis der jetzigen Regierungsparteien zueinander und in dem Verhältnis zur sozialdemokratischen Opposition eintreten wird oder nicht, diese Frage ist noch ganz offen.

Die christlich-sozialen Fraktion wird sich in ihrer überwiegenden Mehrheit dafür aussprechen, den bisherigen Bundeskanzler aus neue zu bitten, die Regierung zu übernehmen. Die Großdeutschen geben die Schuld an der Krise den heftigen Angriffen der Linken gegen den Bundeskanzler. Man erwartet in den nächsten Tagen Verhandlungen zwischen den bisherigen Koalitionsparteien, um auf der alten Grundlage die neue Regierung zu bilden.

Für die nationale Einheitsfront

Beschluß der deutschnationalen Landtagsfraktion

Am Mittwoch hielt die deutschnationale Landtagsfraktion Sachsens in Dresden eine Sitzung ab, in der folgende Annahme beschlossen wurde: „Die deutschnationale Landtagsfraktion unterstützt die Bestrebungen eines Zusammenschlusses der staatsverhaltenden Parteien bei der Landtagswahl mit dem Ziel, Sachsen vor der Wiederkehr einer Zeignerregierung zu bewahren. Im Hinblick auf den auf Wirtschaft und Volk lastenden schweren Druck tritt sie ein für die Herstellung des Gleichgewichts in den Staatshaushaltplänen, gegen die Ueberspannung der Steuern, Schul- und Soziallasten und für eine klare und entschlossene Außen- und Handelspolitik. Die Not des Volkes fordert jetzt mehr als je eine starke nationale Front.“

Bestiger Streit um einen kostbaren Kirchenschatz

Die russische Kirche, die Sowjets, der Malteser Orden und englische Banken erheben Anspruch

Berlin, 3. April. Nach Meldungen aus Paris erfahren die dortigen Blätter von einer in Berlin lebenden diplomatischen Persönlichkeit merkwürdige Einzelheiten über einen russischen Kirchenschatz, um den die orthodoxen Emigranten, die Sowjetregierung, englische Banken und der Malteserorden gleichzeitlich streiten. Die Angelegenheit verhält sich folgendermaßen: Die verstorbene Kaiserinwitwe von Rußland nahm, als sie nach der Revolution nach Dänemark floh, vier Goldkassetten mit, in denen sie kostbare Gegenstände verwahrte, den

„Schatz von Malta“.

den der Malteserorden einst dem Zaren Paul I. von Rußland zur Aufbewahrung übergeben hatte, als die Insel Malta von Napoleon erobert wurde. Paul I. verpflichtete sich, den Schatz dem Orden zurückzugeben, wenn dieser seine Souveränität zurücklernt hätte. Die einzelnen Stücke, ein Teil des Heiligen Kreuzes, das Kreuz des Großmeisters La Valette,

die rechte Hand Johannes des Täufers

und ein unter dem Namen „Unsere Mutter von Palermo“ bekanntes Bildnis der Heiligen Jungfrau, das dem Evangelisten Lucas zugeschrieben wird, wurden nach dem Tode der Kaiserin von einer Großfürstin dem Metropolit Antonius anvertraut, der sie dem in Berlin wohnenden russischen Bischof Tichon übergab. Tichon verwahrte die Gegenstände in der russischen Kirche in Berlin. Nunmehr fordert die Sowjetregierung den Schatz, da er Eigentum der Zarenfamilie und folglich nach Sowjetrecht National Eigentum geworden sei, zurück. Englische Banken andererseits haben zur Erbauung der Kirche eine Million Goldmark vorgeschossen und wollen, da diese Summe vorläufig nicht abbezahlt werden kann, den Schatz als Pfand behalten. Schließlich hat sich auch der Malteserorden gemeldet.

Im Anschluß an diese Pariser Mitteilungen hatte ein Vertreter des „Sofianseigers“ heute eine Unterredung mit dem Oberhaupt der russischen Kirche in Berlin und Deutschland, dem Bischof Tichon. Dieser zeigte ihm die Reliquien, die in der Kirche aufbewahrt werden.

Der Schatz stellt in der Tat, abgesehen von dem Reliquienwert, ein Objekt von ungeheurem Wert dar.

Er ist der höchste Kirchenschatz der russisch-orthodoxen Kirche. Ueber seine Geschichte teilt der Bischof folgendes mit: Der Schatz besteht aus zwei goldenen Kästen und einem goldenen Heiligenbild. Einer der Kästen, mit Saphiren und Rubinen besetzt, enthält die Hand Johannes des Täufers. Ein anderer, ebenfalls mit wertvollen Steinen besetzter Kasten, Holzstücke vom Kreuz Christi. Ueber den Ursprung des Schatzes ist wenig bekannt. Es steht nur fest, daß die Reliquie, als die Welt von ihr Kenntnis erhielt, sich im Besitze des Zaren Paul befand, der sie zunächst für den Malteserorden verwalte. Als dann der Orden von Malta verdrängt wurde, geriet er in Verfall und die Reliquie wurde dem Zaren Paul zugewiesen.

Gegen diese Maßnahme erhob der Papst Widerspruch, wurde aber durch Napoleon gezwungen, sich mit der Schenkung einverstanden zu erklären. Paul I., der nicht den Anschein erwecken wollte, als ob er die Schenkung nur wegen des Geldwertes angenommen hätte, gab die Edelsteine und Juwelen zurück und behielt nur die relikviösen Reliquien, die er nunmehr selber wieder mit neuer äußerer Pracht versehen ließ. Der Schatz lag zuerst in der Kirche des Petersburger Pogorehns und wurde später in die Schloßkirche gebracht.

Auf Betreiben der Synode ließ der Zar den Schatz einmal im Jahre den Katholiken zeigen,

und zwar vom 12. Oktober jedes Jahres ab einen Monat. Zu dieser Schaustellung wurde der Schatz alljährlich in die Kathedrale von Gatschina gebracht. Der 12. Oktober galt seitdem als Feiertag des russischen Kalenders. Nach dem Zusammenbruch nahm die Zarenmutter den Schatz mit nach Sankt Petersburg und übergab ihn vor ihrem Tode ihrer Tochter Xenia, die ihn wiederum dem Metropolit Antonius zur Verfügung stellte. Antonius brachte den Schatz dann nach Berlin, und als die neue Kathedrale eingeweiht wurde, wurde der Schatz hier aufgestellt.

Einheitsfront

Die goldenen Tage an der Riviera und an Italiens durchsonnten Frühlingsgestaden sind zu Ende. Die Osterpause, die die Sachverständigen auf der Flucht vor den Nebeln, die immer noch über Europa lasten, unter den Palmen der Mittelmeerküste verbracht haben, ist im Alltag verschwunden. Sie kehren heute aus einem paradiesischem Stück Erde zurück zu ihrem Tagungsort, um den Endkampf um das deutsche Schicksal auszutragen, einen Endkampf, der nüchtern und trocken in dürren Ziffern, in Milliarden, ausgefochten wird. Diese Zahlen, deren Ausmaß sich menschliche Fassungskraft nur ungenügend vorstellen kann, aber gewinnen Leben und Bedeutung, wenn sie in die raue Wirklichkeit umgesetzt werden. Sie können für unser Volk eine Hoffnung zu einem weiteren, wenn auch entsetzlichen und entbehrungsreichen, Leben werden; sie können aber auch Not, Kummer, Elend und langames Bleichsein an einer unheilbaren Wundwunde bedeuten. Die einleitenden Verhandlungen in Paris sind vor Ostern abgeschlossen worden. Man hat sich über die Transferrierung der deutschen Währung geeinigt. Zu diesem Zweck haben die sachverständigen Bankiers unter Führung des amerikanischen Geldfürsten Morgan eine Tribunatebank konstituiert. Freilich, vorläufig spricht für dieses Institut noch sehr wenig. Wir haben bereits auf die Gefahren hingewiesen, die aus dem privaten Charakter dieser Bank für eine später notwendig erscheinende Revision der deutschen Schulden entstehen müssen. Die Sachverständigen sind sich weiter darüber einig geworden, daß ein Teil der Tribute privatisiert, das heißt als Reparationsanleihen in die Hände privater Kapitalisten gelegt werden soll. Damit ist ein Teil des Währungsplans, den uns bisher der Dawesplan gewährte, automatisch entfallen. Private Gläubiger sind hart und unerbittlich. Im ehenen Rhythmus der Jahre werden sie zur festgesetzten Stunde ihre Hand ausstrecken und die Zinsen und Amortisationen für die privatisierten Tribute fordern. Und wir werden zahlen müssen — ohne Widerrede, ohne Säubern, und wenn der letzte verfügbare Pfennig dabei weggegeben werden muß; denn wir stehen diesen Privatgläubigern gegenüber unter einem unsichtbaren, aber um so härteren Zwang. Nicht die Bajonette einer zweiten französischen Ruhrarmee werden uns zwingen und die Peitschen, die die Fronvögte des Pharao über den gefnehteten Kindern Israels schwingen, sondern die allgegenwärtige Macht des internationalen Kredits. Die Sachverständigen der Gegner wissen es und haben es ausgesprochen: Deutschland, das so sehr mit der Weltwirtschaft verflochten ist, kann nie seinen internationalen Kredit gefährden. Das aber würde es tun, wenn es seine privaten Tributgläubiger nicht mehr befriedigen wollte. So wird die unsichtbare Macht des internationalen Kredits zum zuverlässigsten und härtesten Fronvogt eines Kulturvolkes.

Das alles hat man in Paris in grauen und nebeligen Tagen dieses späten Winters geregelt. Aber das eine und Wichtigste hat man sich zum guten Abschluß ausgespart: die Festsetzung der Endsumme, die Deutschland nun eigentlich zahlen soll. Dieser Aufgabe wollen sich die Sachverständigen nun unterziehen. Die Summen, die die französischen Unterhändler genannt haben, haben unsere Hoffnungen auf die Einsicht unserer Gegner auf den Nullpunkt herabsinken lassen. Ueber drei Milliarden wurden genannt, höhere Annuitäten, als sie der Dawesvertrag uns auferlegt. Wesentlich geringer sind die Summen, die der amerikanische Delegationsführer Owen Young als Minimum nannte. Sie bewegen sich — falls die Gerüchte richtig sind — um 1,5 Milliarden. Die gegnerischen Sachverständigen erhoffen auf diese Weise schließlich als Endsumme das arithmetische Mittel aus diesen beiden Zahlen in Höhe von 2,2 Milliarden festzusetzen. Wie wenig gerecht diese Forderung der deutschen Leistungsfähigkeit wird, beweist die Tatsache, daß der deutsche Delegationsführer Dr. Schacht bis jetzt unerschütterlich daran festgehalten hat, daß das Maximum schon bei einer Summe von etwa einer Milliarde erreicht sei. Man hat ihm gedroht, daß diese Summe das Scheitern der Konferenz bedeuten müsse. Die gegnerischen Mächte haben ihre Unnachgiebigkeit damit zu rechtfertigen gesucht, daß Deutschland ihre Schulden an Amerika bezahlen müsse, ausüßlich einer Summe für Frankreichs Wiederaufbau. Zu dieser letzteren Forderung ist deutscherseits zu erklären, daß der Wiederaufbau längst vollendet ist und in Wahrheit zu einem grandiosen Ausbaue der französischen Volkswirtschaft wurde, der Frankreichs Fabriken zu den modernsten und leistungsfähigsten von ganz Europa gemacht hat — und zwar ausschließlich auf Deutschlands Kosten. Wenn England nunmehr die französische Konkurrenz so bitter empfindet, so wäre es eigentlich einmal an der Zeit, daß sich die Verantwortlichen in London über diese Zusammenhänge Gedanken machen würden. Des weiteren sollen wir für die amerikanischen Schulden unserer Gegner auskommen. Man weiß darauf hin, daß das reiche Amerika es in der Hand hätte, durch Nachgiebigkeit auch Deutschlands Gegnern die Möglichkeit zur Ermäßigung des Tributes zu geben. Amerika